

17.11.15 | Weltrisikobericht

Wo das Leben weltweit am gefährlichsten ist

Hurrikans, Dürren oder Überschwemmungen müssen keine Katastrophe sein, wenn die Menschen darauf vorbereitet sind. Der Weltrisikoindex zeigt, welche Länder ihre Bewohner schützen – und welche nicht. von

Claudia Ehrenstein



Foto: dpa

Ein Sturm peitscht über die Hauptinsel von Vanuatu im Südpazifik. In keinem anderen Land der Welt leben die Menschen so gefährlich

In keinem anderen Land der Welt sind die Bewohner so stark von einer Naturkatastrophe bedroht wie in Vanuatu. Der kleine Inselstaat im Südpazifik droht zu versinken, sollte der Meeresspiegel als Folge des Klimawandels weiter steigen. Das geht aus dem neuen "Weltrisikoindex 2015" hervor, den das "Bündnis Entwicklung Hilft" an diesem Dienstag in Berlin im Rahmen seines jährlichen Weltrisikoberichts vorgestellt hat.

Auf der Rangliste der Länder mit der größten Gefährdung für die Menschen folgt der südpazifische Inselstaat Tonga auf Platz zwei. An dritter Stelle liegen die Philippinen, wo die Gefahr von Wirbelstürmen besonders groß ist. Zuletzt wurde das Land im November 2013 von dem schweren Taifun "Haiyan" ([Link: http://www.welt.de/147859867](http://www.welt.de/147859867)) heimgesucht; mehr als 6400 Menschen starben.

Das Industrieland mit dem größten Risiko für seine Bewohner ist Japan. Es belegt im Gefährdungsranking Platz 17, da es in einer sehr aktiven Erdbebenregion liegt. Das Beben vom März 2011 war das schwerste seit Beginn der Erdbebenaufzeichnungen. Wie kaum ein anderes Land ist Japan für ein Beben gerüstet.

In den Weltrisikoindex geht nicht nur die direkte Gefährdung durch Naturereignisse ([Link: http://www.welt.de/themen/naturkatastrophen/](http://www.welt.de/themen/naturkatastrophen/)) ein, sondern es wird auch berücksichtigt, wie gut sich ein Land auf eine mögliche Überschwemmung, ein Erdbeben oder einen schweren Hurrikan vorbereitet hat. Insgesamt 28 Indikatoren fließen in die Indexberechnung ein: von Wohnsituation und sozialen Netzen bis zur guten Regierungsführung und der Anzahl der Ärzte pro 10.000 Einwohner.

Der wissenschaftliche Leiter des Weltrisikoberichts, Matthias Garschagen von der Universität der Vereinten Nationen in Bonn, verweist auf das Beispiel der Niederlande. Die Niederlande sind das EU-Land mit der größten Katastrophengefahr. Ein Großteil der Landesfläche liegt unterhalb des Meeresspiegels und muss durch Deiche geschützt werden.

Aber das Land hat sich darauf eingestellt, sollte bei einer Sturmflut ein Deich brechen und die Nordsee Teile des Landes überfluten. Insgesamt wird dadurch die Gefährdung für die Menschen reduziert. Die Niederlande belegen beim WeltrisikoindeX den 50. Platz.

Defizite beim deutschen Hochwasserschutz

Deutschland kommt im internationalen Risikovergleich von 171 Ländern auf den 142. Rang. Defizite sieht Garschagen hierzulande noch beim Hochwasserschutz entlang der großen Flüsse. Auch müsste dafür gesorgt werden, dass in den Haushalten von Bund und Ländern stets ausreichend Mittel eingestellt werden, um im Katastrophenfall handlungsfähig zu sein.

Eine Naturkatastrophe, so Garschagen, müsse nicht zwangsläufig zur humanitären Katastrophe werden. Die Industrieländer seien insgesamt gut vorbereitet. In Schwellenländern und vor allem in den ärmsten Entwicklungsländern fehle es jedoch an entsprechender Vorsorge, vor allem auch, wenn es um die Versorgung mit Nahrungsmitteln gehe.

Ernährungssicherheit ist der thematische Schwerpunkt des diesjährigen Weltrisikoberichts. Hunger (Link: <http://www.welt.de/themen/hungersnot/>) und Nahrungsmangel können die Auswirkungen einer Naturkatastrophe verschärfen. Daher fordert Garschagen in besonders gefährdeten Ländern mehr Investitionen in die Landwirtschaft. Das beginnt mit einer besseren Produktion und Lagerung und führt über den Zugang zu sauberem Wasser bis hin zu sicheren Besitzverhältnissen.

Klimawandel verschärft die Versorgungslage

Der Bericht warnt: Solange es keine Ernährungssicherheit gibt, werden extreme Naturereignisse katastrophale Auswirkungen haben. Dabei würden schon heute ausreichend Nahrungsmittel produziert, um die Weltbevölkerung von 7,3 Milliarden Menschen satt zu machen; täglich insgesamt 5000 Kalorien pro Person. Schon mit 1800 Kalorien pro Person könnte die Menschheit ohne Hunger leben.

Hunger ist somit immer auch ein Verteilungsproblem. Die Vereinten Nationen haben auf ihrem Nachhaltigkeitsgipfel Ende September in New York beschlossen, den Hunger zu bekämpfen. Bis 2030 (Link: <http://www.welt.de/146885469>) lautet das Ziel: "Null Hunger". Doch durch den Klimawandel (Link: <http://www.welt.de/themen/klimawandel/>) könnte die Versorgungslage gerade auch in den armen afrikanischen Ländern südlich der Sahara noch verschärft werden.

Mit Blick auf den Weltklimagipfel, der am 30. November in Paris beginnt, fordert der Bericht eine "mutige Klimapolitik" und internationale Anstrengungen, um das sogenannte Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Es zielt darauf ab, die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad im Vergleich zur Zeit vor der Industrialisierung zu begrenzen. Zugleich müssten mehr Mittel bereitgestellt werden, damit sich die armen Länder auf die unabwendbaren Folgen des Klimawandels einstellen können.

Menschen flüchten vor dem Klimawandel

Wo Dürren oder Überschwemmungen als Folge des Klimawandels zunehmen und die sichere Versorgung mit Nahrungsmitteln in Gefahr ist, werden mehr Menschen aufbrechen, um ihre Lebenssituation an einem anderen Ort zu verbessern. In ohnehin schon dicht bevölkerten Regionen bleiben dann aber nur noch Flächen mit höherem Katastrophenrisiko wie steile Berghänge oder Flussufer.

Derzeit sind es vor allem Kriege und politische Instabilität, vor denen Menschen flüchten (Link: <http://www.welt.de/themen/fluechtlinge/>) – so wie jetzt in Syrien. Mehr als vier Millionen Menschen haben das Land verlassen und sich in der Türkei, in Jordanien oder im Libanon in Sicherheit gebracht. Doch die internationale Hilfe reicht nicht aus, um die Flüchtlinge ausreichend zu versorgen.

Bereits im April (Link: <http://www.welt.de/140084006>), so heißt es im Bericht, hat das Welternährungsprogramm die Nahrungsmittelgutscheine für jeden Flüchtling von 26 auf 16 Dollar pro Monat gekürzt. Im August wurden die monatlichen Notrationen für Familien halbiert werden – von 80 auf 40 Prozent des Bedarfs, der eigentlich nötig wäre. Die unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln sei mit ein Grund, so Garschagen, warum sich derzeit so viele syrische Flüchtlinge auf den Weg nach Europa machten.



1 Jahr DIGITAL Komplett ^{Nur} 99,99 € **Jetzt zugreifen**